

## **Informationen des AZV Kleine Spree**

Die Bauvorhaben in Kleinbautzen und Bornitz laufen planmäßig. Probleme gibt es derzeit bei der Verfügbarkeit von Rohren, was bei unseren Baustellen jedoch noch nicht zu Beeinträchtigungen führte.

Erschreckender kam dann schon die Mitteilung des SMUL, dass die Förderung über die Richtlinie Siedlungswasserwirtschaft 2016 plötzlich und unerwartet ausläuft und nur noch für Maßnahmen gewährt werden, die in 2021 fertiggestellt und bis zum 30.09. abgerechnet werden können!!!

In meinem langjährigen Berufsleben habe ich ja schon viel erlebt, aber dass man eine Förderrichtlinie ohne Vorankündigung „auslaufen“ lässt, zeigt wieder einmal, wie wenig man sich im Landtag mit Infrastruktur und dem Zusammenspiel verschiedener Bereiche beschäftigt. Es bestätigt sich für mich, dass man an dem ländlichen Bereich wenig Interesse zeigt und Entscheidungen trifft, ohne deren Folgen abzuwägen. Waren wir in den letzten Jahren in der Lage, Teilortskanäle gemeinsam mit den Straßenbaulastträgern, egal ob Gemeinde, Landkreis oder Landesamt für Straßen und Verkehr zu bauen, so ist das künftig nicht mehr finanzierbar. Im Gegenzug verzichtet der Freistaat aber nicht etwa auf die Abwasserabgabe, die bis zu 200.000 € jährlich von unserem Verband zu leisten ist.

Derartige unlogische Entscheidungen gab es im Abwasserbereich schon 2006, als man für den ländlichen Bereich die Förderquote von 70 auf ca. 10 % senkte, obwohl der Aufwand zur Erschließung stieg und bei der Berechnung der Abwasserabgabe.

Reagieren können wir darauf nur mit der Absetzung von Bauvorhaben aus dem Wirtschaftsplan. Laufende Verträge müssen wir einhalten. Der Bau des 2. Klärschlammbeckens wird deshalb in 2021 nicht realisiert. Welche Auswirkungen diese Regelung für künftige gemeinsame Bauvorhaben hat, liegt klar auf der Hand. Der AZV wird die laufenden Projekte fertigstellen und nicht mehr in der Lage sein, neue zu beginnen. Insbesondere fallen dann Straßenbauvorhaben aus, bei denen die Straßenentwässerung (also bei fast allen) erneuert werden muss. Mittelfristig geplante Vorhaben, wie die in Neu-Bornitz, Briesnitz und in Großdubrau müssen auf unbestimmte Zeit in der Warteschleife ruhen.

Das bringt bei der angespannten Materialsituation, der Preissteigerung von 10 bis 30% bei Rohmaterial u.a. zusätzliche Unsicherheit bei uns als Auftraggeber und den Tiefbaufirmen. Durch die ungenügende finanzielle Ausstattung der Kommunen, insbesondere im ländlichen Bereich, ist man leider auf Förderung in vielen Bereichen angewiesen. Dass man dann damit im Freistaat spielt, ist arrogant und zeugt von mangelndem Sachverstand.

Andreas Skomudek

Geschäftsführer